

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn

Präsident des Ifo Instituts für Wirtschaftsforschung

im Gespräch mit Karl Jörg Wohlhüter

Herr Wohlhüter: Ich begrüße Sie, verehrte Zuschauer, bei Alpha-Forum. Unser Gast ist heute Prof. Hans Werner Sinn, Ordinarius für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft, Vorstand des Center for Economic Studies am Institut der Volkswissenschaftlichen Fakultät an der Ludwig-Maximilians-Universität in München und Vorsitzender des Vereins für Social Politics. Kurzum, Sie sind ein über München, über Deutschland hinaus, bekannter und anerkannter Nationalökonom. Herr Professor Sinn, besonders bemerkenswert an Ihrer Tätigkeit ist ja die ungeheure Themenpalette, die Sie bearbeiten. Das beginnt bei mathematisch komplizierten fiskalischen Berechnungen, geht über den sozialen Wohnungsbau bis hin zu klaren Aussagen zu aktuellen ökonomischen Problemen der Zeit. Der durchschnittliche Bürger beginnt den Tag mittlerweile - vor allem wenn er Wirtschaftsmeldungen hört - mit einem Morgengrauen: Arbeitslosigkeit, Bankenkrisen, Asienfieber. Wie geht es eigentlich einem Nationalökonom, der nur noch schlechte Nachrichten bearbeiten muß?

Prof. Sinn: Ja, das ist ja unser Brot. Wenn die Wirtschaft nicht so gut funktioniert, dann sind die Nationalökonomien berufen, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Insofern ist das keine besondere Situation. Es gibt immer irgendwelche Schwierigkeiten, jetzt eben in Asien. Die Arbeitslosigkeit ist ein Riesenproblem, dazu muß man sich äußern.

Herr Wohlhüter: Würden Sie denn die Lage genauso pessimistisch sehen wie die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland?

Prof. Sinn: Was die Arbeitslosigkeit betrifft, sehe ich das in der Tat auch dramatisch. Es kommen da zwei Probleme der Zeit zusammen: Es gibt einmal ein langfristiges strukturelles Problem, das ist der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Zweitens kommt eine aktuelle Rezession hinzu. Die Wirtschaft verläuft ja in Zyklen und wir haben im Moment eher eine Delle nach unten, aus der wir ja, wie es schien, hinauskommen würden - aber die Hoffnung war wohl doch trügerisch. Ich sehe mittelfristig große Probleme. Es bedarf großer struktureller Anpassungen am Arbeitsmarkt. Die deutsche Arbeit ist einfach zu teuer, sie ist nämlich die teuerste Arbeit auf der ganzen Welt. Die deutschen Bruttostundenlöhne sind höher als sonst auf der Welt, und trotz unserer hohen Produktivität kommen wir damit nicht so gut zurecht. Da bedarf es gewisser Anpassungen insbesondere im unteren Tariflohnbereich.

Herr Wohlhüter: Sie wurden 1948 in Brake / Westfalen geboren und begannen just zu der Zeit Ihre akademische Laufbahn, als die 68er-Bewegung über die Hochschulen kam. Hat Sie das geprägt - dieser Zeitgeist von damals - in politischer, in inhaltlicher Richtung?

Prof. Sinn: Ja, das hat mich sehr stark geprägt, wie es wohl jeden geprägt hat, der damals anfang zu studieren. Ich fing 1967 an, da war ich 19 Jahre alt, und da war ordentlich was los an den Universitäten. Die Vorlesungen wurden umfunktioniert zu Diskussionsveranstaltungen, und es war einfach eine hohe politische Spannung vorhanden, die einen nicht los ließ. Und es

stellten sich ganz wichtige Fragen, z. B. ob eine Wirtschaft, die über den Markt organisiert ist, funktionieren kann oder ob man eine zentralverwaltete Planwirtschaft braucht, weil eben die Anarchie der Märkte, so wie es damals hieß, nicht funktionieren würde. Das Interesse an meinem Fach, der Volkswirtschaftslehre, ist sicherlich ganz maßgeblich beflügelt worden durch diese Diskussionen in jener Zeit.

Herr Wohlhüter: Wer Ihre Lebensstationen nachzeichnet - mit einer beeindruckenden akademischen Karriere - der hat eher den Eindruck, Sie seien ein Weltenbummler, und kein "deutscher Professor". Sie haben in Kanada gelehrt und geforscht, in Norwegen, in den USA, in England. Sie sind Mitglied in vielen anerkannten internationalen Institutionen. Was waren denn da die wichtigsten Eindrücke während Ihrer Laufbahn?

Prof. Sinn: Also, der wichtigste Eindruck war das erste Jahr, das ich in Kanada verbrachte, das war das Jahr 1979. Ich hatte gerade an der Universität Mannheim meine Promotion abgelegt und war der erste Kandidat in einem Austauschprogramm für Lehrpersonen mit der Universität von Western Ontario - in London an der Themse. Da gibt es in Ontario auch eine Stadt, die heißt London. Da kam ich mit meinen 29 Jahren hin und war dann als Assistant Professor tätig. Für mich war das eine ganz neue Welt. Aus der Enge der Deutschen Universität kam ich in die Freiheit einer amerikanischen Universität, wo man im Alter von 29 Jahren schon ernst genommen wird. Bei uns ist man ja ein kleiner, unbedeutender Assistent, auf den niemand hört, und dort wollte man einfach hören, was ich zu sagen hatte. Ich fand das ganz toll. Das hat mich beflügelt. Ich habe auch viel gelernt in dieser Zeit, denn die Musik in unserer Wissenschaft, die spielt natürlich schon seit geraumer Zeit eher in Nordamerika als sonstwo auf der Welt. Für mich war das sehr prägend. Das, was ich damals gelernt habe, auch über die Institution der Nordamerikanischen Hochschule, das habe ich seitdem umzusetzen versucht - soweit das im Rahmen des deutschen Systems möglich ist. Wir haben an unserer Fakultät einige der amerikanischen Reformen inzwischen durchgesetzt, z. B. haben wir die Abschlußprüfung beseitigt und sie durch ein Credit Point-System ersetzt, wo am Ende einer jeden Vorlesung schon geprüft wird, was in der Vorlesung gemacht wurde. So muß man nicht jahrelang auf den großen Zeitpunkt der Endprüfung warten, um dann festzustellen, daß man doch nicht genug gelernt hat und schließlich durchzufallen.

Herr Wohlhüter: Werden diese Reformen angenommen?

Prof. Sinn: Sie werden angenommen. Die Studenten sind glücklich mit dieser Reform und vor allen Dingen hat sie eine dramatische Leistungssteigerung ergeben. Wissen Sie, wir führen praktisch die Studenten mit der Karotte in der Hand durch das Studium. Und wir lassen sie ab und zu ein bißchen abbeißen. Und dann folgen sie auch und leisten viel mehr pro Zeiteinheit, als es sonst der Fall gewesen wäre. Wissen Sie, wenn das Endexamen noch Jahre entfernt ist, dann gönnt man sich ein schönes Leben, und man fängt erst im letzten Jahr vor dem Examen richtig an zu arbeiten. Mit dem neuen System ist das anders, da wird von Anfang an gelernt.

Herr Wohlhüter: Sie haben ja während Ihres Auslandsaufenthaltes und vor allem auch durch die Kontakte bei den internationalen Organisationen die unterschiedliche Mentalität der Wirtschaftsräume kennengelernt. Es besteht ja manchmal der Eindruck, die Zukunft Europas würde in der Vergangenheit liegen. Amerika hat einen riesigen Boom vor sich, und bis vor wenigen Wochen bekamen deutsche Manager noch Glanz in den Augen und Schmelz in der Stimme, wenn sie von Asien sprachen. Was haben denn die anderen, wirtschaftlich gesehen, was wir nicht haben oder nicht mehr haben?

Prof. Sinn: Asien und Amerika kann man nicht in einen Topf werfen. Asien befindet sich in einer Sondersituation. Das sind im Grunde ja alte Kulturnationen,

die durch die Öffnung der Märkte jetzt angefangen haben zu wachsen und die sich langsam anpassen an das Weltspitzen-Einkommensniveau, an unser Niveau. Auch Deutschland hatte nach dem Krieg eine ähnliche Wachstumsphase, in der wir uns angepaßt haben an das herrschende Einkommensniveau in anderen westlichen Ländern. In Asien gibt es ein Wachstum, welches auch nicht beliebig fortgesetzt werden kann, sondern da aufhört, wo unser Niveau erreicht ist. Anders sind die Vereinigten Staaten zu beurteilen. Die Vereinigten Staaten wachsen und wachsen, obwohl das Sozialprodukt pro Kopf sehr hoch ist. Dieses Land ist von einer unglaublichen Dynamik gekennzeichnet. Von den Vereinigten Staaten müssen wir in der Tat lernen. Dort ist die Wirtschaft freier, es gibt nicht so viel Staatseinfluß. Das Gewerkschaftssystem ist nicht in der Lage, eine Lohnspreizung in dem Maße zu verhindern, wie das bei uns der Fall ist. Und es gibt keine Massenarbeitslosigkeit, sondern, im Gegenteil, die Beschäftigung hat in den letzten Jahren stark zugenommen - viel stärker als bei uns - und das wirtschaftliche Wachstum ist geradezu grandios.

Herr Wohlhüter: Halten Sie denn das Beispiel USA überhaupt als Modell für Deutschland denkbar, um ordnungspolitische Wegweisungen zu geben?

Prof. Sinn: Es gibt vieles in den Vereinigten Staaten, das überhaupt gar keinen Modellcharakter hat. Kritikwürdig ist, daß die Vereinigten Staaten einen völlig unterentwickelten Sozialstaat haben. Wir brauchen den Sozialstaat europäischer Prägung, um den Menschen Schutz zu gewähren vor den Unwägbarkeiten des Marktprozesses. Das ist meine feste Überzeugung. Aber trotzdem können wir lernen von den Vereinigten Staaten, daß der Markt in der Lage ist, viel zu leisten und daß er eine Dynamik entfalten kann, wenn man ihn nur läßt. Wir haben ja den Sozialstaat hier in Europa häufig nicht sehr gut konstruiert. Man kann ihn besser konstruieren. Ohne soziale Ziele aufzugeben, kann man doch eine wirtschaftliche Flexibilisierung erreichen.

Herr Wohlhüter: Gibt es vielleicht ein Beispiel dafür, worin der Unterschied zwischen einem nicht vorhandenen Sozialsystem in den Vereinigten Staaten und dem Europäischen Sozialsystem liegt. Was wäre denn da überhaupt reformierbar?

Prof. Sinn: Nehmen Sie mal die Sozialhilfe. Die Sozialhilfe ist ja nun dafür da, im unteren Einkommensbereich Hilfe zu leisten und zu verhindern, daß die Menschen in der Gosse landen. Man kann die Sozialhilfe im Prinzip auf dreierlei Weise konstruieren. Sie können sie erst einmal so konstruieren, daß die Sozialhilfe nur gezahlt wird, wenn man nicht arbeitet. Dann können Sie sie so konstruieren, daß sie gezahlt wird, unabhängig davon, ob man arbeitet. Und schließlich können Sie sie so konstruieren, daß sie nur gezahlt wird, wenn man arbeitet, dann ist es praktisch eine Lohnsubvention. Zwischen diesen drei Systemen muß man wählen. Die Deutschen haben das erste System gewählt. Man bekommt die Sozialhilfe nur, wenn man nicht arbeitet und wenn man Arbeit aufnimmt, verliert man sie. Da kommt es zu ganz massiven negativen Leistungsreizen. Stellen Sie sich eine fünf-köpfige Familie vor, die bekommt an die 30000 DM Sozialhilfe. Wenn in dieser Familie plötzlich jemand anfängt zu arbeiten - die Ehefrau, der Ehemann oder beide -, dann wird das Arbeitseinkommen, das sie bekommen, voll angerechnet auf die Sozialhilfe. Die Sozialhilfe wird dann in weiten Bereichen 1:1 für jede zusätzliche Mark Arbeitseinkommen gekürzt, so daß eine implizierte Grenzsteuerbelastung, wenn ich das Wort so nennen darf, von hundert Prozent vorliegt. Auf diese Weise ist der Arbeitseinsatz und -anreiz bei diesem System gleich Null. Es wäre ganz anders, würde man die Sozialhilfe auf niedrigerem Niveau zahlen und dann unabhängig davon, ob man arbeitet oder nicht. Wenn man arbeitet, behält man das, was man an Arbeitseinkommen gewinnt und verliert nicht die Sozialhilfe und dadurch ist der Arbeitsanreiz größer. Noch größer wäre er,

wenn man es wie in England oder den Vereinigten Staaten macht und große Teile der Sozialhilfe überhaupt an die Bedingung knüpft, daß gearbeitet wird. Was glauben Sie, wie viele Jobs entstehen, wie viele Menschen dann bereit sind, zu niedrigem Lohn zu arbeiten - und zu niedrigem Lohn gibt es auch immer Unternehmen, die Arbeitskräfte einstellen. Da wachsen die Jobs, wie die Pilze aus dem Boden. Es ist ja nicht so, daß eine Marktwirtschaft nicht in der Lage wäre, Arbeitsplätze zu schaffen. Sie ist selbstverständlich dazu in der Lage. Es ist auch für die deutsche Marktwirtschaft eine Kleinigkeit, die 4,5 bis 5 Millionen Arbeitslosen sofort zu integrieren. Man muß sie nur lassen. Man läßt sie aber nicht durch die faktische Lohnuntergrenze, die durch die Sozialhilfe eingezogen ist. Ich darf als Beispiel auch auf Israel verweisen. Israel hatte seit 1992 eine Zunahme der Erwerbsbevölkerung um 25 Prozent zu verzeichnen, weil jetzt so viele Russen nach Israel eingewandert sind. Alle diese Leute sind in den Arbeitsprozeß integriert worden. Es gibt überhaupt nicht mehr Arbeitslosigkeit als vorher. Es ist für eine Marktwirtschaft - für jede Marktwirtschaft - möglich, Jobs zu schaffen, wenn neue Menschen da sind. Man muß nur eine Lohnflexibilität nach unten zulassen. Das kann man, ohne soziale Ziele zu verletzen, wenn man die Sozialhilfe anders gestaltet und sie nicht mehr zu einer Hilfe für die Untätigkeit, sondern für die Tätigkeit macht.

Herr Wohlhüter: Damit wären wir bei einer These, Herr Prof. Sinn, die Ihren Fanclub beim Deutschen Gewerkschaftsbund nicht unbedingt vergrößert: Lohndifferenzierung, d. h. Auflösung der bestehenden Flächentarifverträge, die ja vorschreiben, daß von Flensburg bis Berchtesgaden einheitliche Löhne bezahlt werden. Ist da eine Gefahr in Sicht? Es wird ja von den Befürwortern der Flächentarifverträge immer gesagt, wenn man davon abweicht, dann beginnt in deutschen Betrieben die Anarchie, das Durcheinander, der Hauskrach. Ist das ein Argument?

Prof. Sinn: Ich sehe das überhaupt nicht. Wenn ein Betrieb in Bayern einen anderen Lohn auszahlt als ein Betrieb in Schleswig-Holstein, das wird weder den einen noch den anderen stören. Jeder Betrieb kann doch die Löhne haben, die ihm genehm sind. Im übrigen ist es so - das sehen die Gewerkschaften vielleicht nicht: durch eine Differenzierung der Tariflöhne gelingt es ihnen ja im Grunde für die Arbeitnehmer in ihrer Gesamtheit sehr viel mehr Lohnsumme herauszuholen, als es sonst der Fall wäre. Denn man kann bei den besseren Betrieben dann eingreifen und bei den schwächeren Betrieben begnügt man sich mit weniger Lohn. Wenn die Lohndifferenzierung nicht vorgenommen wird, dann muß auch bei den besseren Betrieben ein niedriger Lohn gesetzt werden. Mit der Folge, daß die Lohnsumme, die insgesamt verdient wird, kleiner ist. Also, die Gewerkschaften, wenn sie gegen eine Flexibilisierung an der Lohnfront sind, sind eigentlich schlecht beraten.

Herr Wohlhüter: Aber in den neuen Bundesländern bahnt sich ja eine solche Entwicklung an.

Prof. Sinn: Die Mehrzahl der Betriebe in den neuen Bundesländern ist schon nicht mehr in den Arbeitgeberverbänden vertreten und insofern nicht an die Tarifverträge gebunden. Sie können also eigene betriebliche Vereinbarungen vornehmen. Das ist auch absolut notwendig. Schauen Sie doch an, was in den neuen Bundesländern passiert ist. In den neuen Bundesländern sind die Löhne ja seit der deutschen Wiedervereinigung um ein Vielfaches gestiegen. Es gibt zwei Methoden, die Löhne zu berechnen. Man kann einmal in den Einheiten der Kaufkraft der Leute danach fragen, da sind sie vielleicht von 30 auf 72 Prozent des Westniveaus gestiegen. Sie haben sich also etwas mehr als verdoppelt. Man kann aber auch fragen, wie hoch die Löhne als Kostenfaktor für die Unternehmen gestiegen sind. Dann muß man sagen, sie haben sich verzehnfacht seit 1989, denn in der

alten DDR wurde ja mit Westdeutschland noch zu einem Wechselkurs von 4,3:1 gehandelt. Dann gab es die 1:1 Umstellung. Dann gab es die Tarifvereinbarung. Alles zusammen genommen bedeutet, daß der Ostlohn von sieben Prozent des Westlohnes auf 70 Prozent des Westlohnes anstieg. Diese Verzehnfachung der Löhne hat die Wirtschaft drüben natürlich kaputt gemacht und hat insbesondere zu einem Zusammenbrechen der Westmärkte geführt. Es wird ja immer davon gesprochen, daß die Ostmärkte zusammengebrochen seien. Die Westmärkte sind genauso zusammengebrochen. Warum? Weil diese Firmen kostenseitig einfach nicht mithalten konnten. Man kann also die Gesetze der Marktwirtschaft nicht durch Wunschdenken überwinden und man kann nicht einfach irgendeinen Lohn setzen und dann hoffen, daß die Wirtschaft ihn bezahlt. Sie tut es nicht. Die Lohnvereinbarungen von damals sind das Papier nicht wert, auf das sie geschrieben waren.

Herr Wohlhüter: Sie kommen damit auf einen Punkt zu sprechen, den Sie in Ihrem Buch "Kaltstart" - das sich ja mit den wirtschaftspolitischen Problemen der Deutschen Einheit beschäftigt - als sehr markant herausgearbeitet haben. Es ist sicherlich so, daß die Lohnpolitik in den neuen Ländern eine der Fehlerquellen für die verhängnisvolle Entwicklung war, zumindest ökonomisch gesehen. Was waren denn die anderen wirtschaftspolitischen Fehler bei der Deutschen Wiedervereinigung?

Prof. Sinn: Ich glaube, daß man einen großen Fehler bei der Privatisierung gemacht hat. Wenn ein kommunistisches Wirtschaftssystem zusammenbricht, dann muß man sich doch Gedanken darüber machen, wie das Vermögen, das sich in Staatshand befindet, auf die Bürger übertragen werden kann. Nicht umsonst sprach man ja vom volkseigenen Vermögen. Das mag nicht sehr viel gewesen sein, aber ein volkseigenes Vermögen kennzeichnet einen kommunistischen Staat. Man darf ja kein privates Vermögen haben. Einen privaten Anspruch in Form von Aktien gegen den Produktionsapparat darf man ja nicht haben. Man darf im kommunistischen Staat auch privat nicht sparen. Wenn also dieser kommunistische Staat zusammenbricht, muß man dieses Vermögen, welches der Staat verwaltet, für die Bürger verwaltet, doch irgendwie an die Bürger zurück geben. Das hat man nicht getan. Es gab überhaupt keine Ansätze bei der deutschen Wiedervereinigung, die Ostdeutschen zu Miteigentümern an ihrem Vermögen zu machen. Sondern dieses Vermögen, das wissen Sie, wurde über die Treuhand an westdeutsche Investoren verteilt, die häufig für 'nen Appel und ein Ei drüben einsteigen konnten. Das war nicht in Ordnung, weil es verhindert hat, daß in Ostdeutschland ein originäres Unternehmertum mit eigenem Vermögensbesitz entstehen konnte. Da hätte es durchaus andere Möglichkeiten gegeben und man hätte eine andere Vermögenspolitik durchaus kombinieren können, auch mit diesem Lohnthema. Beide Themen gehören zusammen. Man hat den Leuten hohe Löhne versprochen und ihnen kein Kapitaleigentum gegeben. Man hätte es genauso umgekehrt machen können. Niedrige Löhne und Mitbesitz am Kapital, das dort vorhanden war. Ein Weg wäre z. B. gewesen, das in Form von Joint Ventures mit westdeutschen Unternehmen einzubringen. Das Know-how dieser Unternehmen, die ihr Restrukturierungskapital eingebracht haben, um die maroden Ostfirmen flott zu machen, hätte dazu geführt, daß die Westfirmen einen Anteil an diesen Unternehmen bekommen. Aber die Treuhand hätte ebenfalls einen Anteil im Wert des eingebrachten Altkapitals des Gebäudes und des Arbeitskräftepotentials zurückhalten können. Dieser Anteil hätte in einem zweiten Schritt an die ostdeutsche Bevölkerung verteilt werden können, indem man ihnen Aktien und Fond-Anteile hätte übergeben können. Das hätte auch die nötige Toleranz und Akzeptanz für eine Politik der niedrigen Löhne geschaffen, denn mit niedrigen Löhnen wären ja die Betriebe auch wertvoll gewesen. Sie sind heute alle wertlos, weil die Löhne sich verzehnfacht haben. Hätten

sie sich nicht verzehnfacht, sondern vielleicht nur verdreifacht oder vervierfacht, wäre man also bei dem Lohnniveau von 30 Prozent eine Weile stehen geblieben, dann wären viele rentable Unternehmen entstanden und solche Aktienanteile hätten ihren Wert gehabt. Die ostdeutsche Bevölkerung hätte also auch gar nicht dabei verloren. Sie hätte ja das an Dividenden und Kapitaleinkommen zusätzlich erhalten, was sie an Lohneinkommen nicht erhalten hätte, und in der Summe hätte sie sogar mehr bekommen als heute, denn heute passiert ja gar nichts. Zum großen Teil ist die Beschäftigung einfach weggebrochen und es wird gar nicht mehr produziert. Wo nicht produziert wird, hat man auch kein Einkommen.

Herr Wohlhüter: Aber ernsthaft, im Nachhinein ist man immer klüger. Hätte es für solche Lösungen überhaupt Chancen gegeben, denn es gab ja durchaus Verpflichtungen was Eigentums Garantien, etwa aus dem Grundgesetz, angeht. Und der Prozeß ist ja sehr, sehr schnell gelaufen.

Prof. Sinn: Das ist die Restitutionsfrage, die steht auf einem anderen Blatt. Aber hier geht es um die Treuhandvermögen, die in Staatshand waren, und da hätte es andere Wege der Privatisierung gegeben. Ich habe frühzeitig Vorschläge gemacht, schon im Jahre 1990 und 1991, wie man hätte anders privatisieren können. Diese Vorschläge, wurden natürlich nicht gehört, denn wer hört schon auf einen Universitätsprofessor. Hier geht es ja um big business.

Herr Wohlhüter: Sie sprechen damit indirekt eine Ihrer Funktion an. Sie sind ja ein Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums. Hat man denn überhaupt nicht auf Sie gehört?

Prof. Sinn: Ja doch, der Beirat hat natürlich schon auch Gutachten in dieser Richtung gemacht, und wenn Sie das Beiratsgutachten aus jener Zeit zur Privatisierungsfrage nachlesen, so finden Sie diese Meinung dort vertreten, nicht als Mehrheitsmeinung, sondern als Minderheitenmeinung, aber immerhin.

Herr Wohlhüter: Hat es in der Politik überhaupt gar keine Ansätze zu Diskussionen gegeben, solche Gedanken aufzugreifen?

Prof. Sinn: Die hat es schon gegeben, aber in dem Maße, wie da Überlegungen aufkamen, war die politische Devise "Augen zu und durch": Bevor wir uns durch irgendwelche Diskussionen irritieren lassen, wie man es auch anders machen könnte, galt die Devise, lieber weiterzumachen und schnell die Sache hinter uns bringen.

Herr Wohlhüter: Die Lage ist ja mittlerweile relativ trostlos. Die Arbeitslosenzahlen aus den neuen Ländern nähern sich einer Katastrophe. Die Transferleistungen stoßen im Westen der Bundesrepublik auf immer mehr Mißmut in der Bevölkerung, weil ja offenkundig der Eindruck entsteht, das versickert in einem Faß ohne Boden und die Transferleistungen reißen auch noch die Wirtschaftskraft des westlichen Teils nieder. Sind solche Befürchtungen realistisch? Wie sehen Sie die Transferleistungen? Kann man das auf Dauer noch aufrecht erhalten?

Prof. Sinn: Nein, das kann man nicht. Diese ganze Politik ist eben unmöglich. Wir haben seit 1990 insgesamt 1000 Milliarden DM über öffentliche Kassen in die neuen Bundesländer gepumpt. Pro Kopf der ostdeutschen Bevölkerung ist das bald das Dreifache des polnischen verfügbaren Einkommens pro Kopf, das sich selber erwirtschaftet. Das müssen Sie sich einmal vorstellen: dreimal soviel wie ein Pole verdient, wurde von uns durch öffentliche Transfers in die neuen Bundesländer pro Kopf geliefert. Das ist eine Politik, die nicht durchhaltbar ist. Die 1000 Milliarden DM, die hängen uns wie ein Klotz am Bein. Die Deutsche Staatsschuld ist von 900 Milliarden im Jahre 1989 auf heute 2100 Milliarden gestiegen, also auf mehr als das Doppelte

des Volumens. Das Ganze ist durch Pump finanziert worden, es ist nicht solide gemacht worden. Das kann man gar nicht anders bezeichnen. Von dieser Politik muß man runter. Man muß die Marktkräfte wieder stärken, man muß eine Lohnflexibilität bekommen. Man muß vielleicht auch heute noch den Weg gehen, daß man Beteiligungsrechte an den ostdeutschen Unternehmen zuweist - die Möglichkeiten gibt es, z. B. könnte ja ein ostdeutsches Unternehmen, welches am Rande des Ruins steht und Schwierigkeiten hat zu überleben, an die Arbeitnehmer herantreten und ihnen Lohnsenkungen gegen Beteiligungsrechte abkaufen. Durch eine solche Politik würde bei gegebener Belegschaft zunächst nichts verloren und nichts gewonnen, denn die Arbeitnehmer würden das an Dividendeneinkommen erhalten, was sie an Löhnen verlieren. Aber der Vorteil dieser Politik wäre, daß die Löhne nun mal niedriger sind und daß sich bei niedrigeren Löhnen eine Expansion des Unternehmens lohnt. Neue Arbeitnehmer könnten eingestellt werden, die dann freilich nicht in den Genuß solcher Beteiligungsrechte kommen. Man muß irgendwelche Wege finden, um diese Blockade zu überwinden. Es geht nicht so weiter wie bisher. Die Löhne in Ostdeutschland sind so hoch wie die Norwegischen, so hoch wie die Schwedischen, aber es ist nicht annähernd die selbe Produktivität da. Sie sind bald zehnmal so hoch wie in Polen und in der Tschechischen Republik. Wer soll denn in den neuen Bundesländern unter diesen Bedingungen investieren? Es geht so nicht. Ich hoffe, die Leute sehen das langsam mal ein, und da es nicht geht, muß man andere Wege finden. Es gibt andere Wege. Es ist nicht so, daß die Nationalökonomie hier nichts anzubieten hätte.

Herr Wohlhüter: Das würde aber in den neuen Ländern einen ungeheuren Bewußtseinswandel voraussetzen. Das ist ja wahrscheinlich auch eine mentale Frage, wie man an die Thematik herangeht.

Prof. Sinn: Sicher.

Herr Wohlhüter: Und wenn beispielsweise der bayerische Ministerpräsident sagt, die Transferleistungen sind in dieser Form nicht mehr machbar, dann schreit ganz Ostdeutschland auf. Aber wahrscheinlich wird nach der Bundestagswahl die Stunde der bitteren Wahrheit kommen.

Prof. Sinn: Ja, aber ich bin kein Prophet. Ich weiß nicht, was dann passiert. Ich hoffe, man findet Wege. Ich bin ja auch nicht gegen die Transferleistungen an sich, wenn diese Transferleistungen nicht die nötige Flexibilisierung behindern würden. Solange die Transferzahlungen fließen, passiert im Osten ja nichts, sondern da denkt man, es könnte so weitergehen: Ich bekomme ja meine Rente, ich bekomme ja meine Arbeitslosenunterstützung, das Leben ist ja ganz in Ordnung. Zwar habe ich keinen Job, aber mein Lebensstandard ist doppelt so hoch wie er zu DDR-Zeiten war. Also, von alleine - so befürchte ich - passiert dort wenig. Man kann wahrscheinlich nur etwas erreichen, wenn man auf den Boden der Realität zurückkommt und darauf schaut, daß Transfers nicht mehr einfach unbesehen für beliebige soziale Zwecke eingesetzt werden.

Herr Wohlhüter: Haben andere Länder des Ostens den Systemwechsel besser verkräftet und hinbekommen?

Prof. Sinn: Ja, ja, Polen hat ihn sehr viel besser hinbekommen.

Herr Wohlhüter: Und Tschechien?

Prof. Sinn: In Tschechien gibt es jetzt einige Probleme, aber ich würde sagen, die werden überwunden werden. Insgesamt läuft es dort auch viel besser. Die Arbeitslosigkeit in Tschechien ist z. B. sehr, sehr viel niedriger als in den neuen Bundesländern. Die Wirtschaft hat dort geboomt. Es gibt zwar dort gerade eine kleine Krise, aber ich würde mich nicht wundern, wenn in zehn bis 15 Jahren, wenn wir die Geschichte noch mal Revue passieren lassen,

letztlich Polen und die Tschechische Republik einen stärkeren Wirtschaftsaufschwung erlebt haben als die neuen Bundesländer. So leid es mir tut, so muß man das sehen.

Herr Und Rußland selbst? Ist es aus der Krise schon heraus?

Wohlhüter:

Prof. Sinn: Rußland ist ein ganz anderer Fall.

Herr Genau.

Wohlhüter:

Prof. Sinn: Ich weiß nicht, ob Rußland es jemals schafft. Ich bin kein Experte für Rußland, aber nachdem was ich von meinen Kollegen höre, die sich intensiv mit Rußland beschäftigen, besteht da wenig Hoffnung in absehbarer Zeit.

Herr Neben den Befürchtungen in der deutschen Öffentlichkeit über die wirtschaftlichen Folgen der Wiedervereinigung gibt es ja auch eine andere dringende Sorge bei vielen Menschen - das Ende der Mark, die Einführung des Euro. Sie haben sich ja zum Euro bekannt und stehen dazu. Sie haben aber gleichzeitig auch ausgerechnet, daß der Euro Deutschland sehr, sehr viel Geld kostet. Können Sie sagen, warum er soviel Geld kostet?

Prof. Sinn: Ja, das ist eine buchungstechnische Angelegenheit, die mit der Gestaltung der Europäischen Zentralbank zu tun hat. Er kostet uns kein Geld in dem Sinne, daß unsere Wirtschaft dann bergab geht - das meine ich nicht - sondern, wenn der Euro uns Geld kostet, so kostet er uns in einem sehr, sehr direkten Sinne Geld. Sie wissen ja, die Deutsche Bundesbank verzeichnet jedes Jahr Gewinne. Herr Waigel freut sich immer darüber, wenn er sie zugewiesen bekommt. Dieser Gewinn entsteht dadurch, daß die Bundesbank Wertpapiere hält, die verzinslich sind und die im privaten Sektor emittiert wurden. Die hat sie in der Vergangenheit sukzessive jedes Jahr von neuem herein genommen im Austausch gegen neu gedrucktes Geld. In einer wachsenden Wirtschaft muß ja die Geldmenge auch laufend mitwachsen. Geldmenge ist aber nur Papier und Münzen und Metall, sonst nichts. Es kostet ja mehr oder weniger nichts, Geld zu drucken. Die Geldmenge wächst also laufend an. Indem die Bundesbank Geld im privaten Sektor ausgibt, nimmt sie verzinsliche Wertpapiere herein und vergrößert auf diese Weise ihr Portefeuille an verzinslichen Wertpapieren. Die Zinsen darauf sind der Bundesbankgewinn. Die fließen an Herrn Waigel. Wenn jetzt die Europäische Zentralbank besteht, dann fließen diese Zinsen in einen Europäischen Topf. Nun, da bleiben sie nicht, es gibt auch wieder eine Rückausschüttung an die einzelnen Länder. Aber die Quote, nach der rückausgeschüttet wird, ist nicht dieselbe Quote, nach der in diesen Topf eingeschüttet wird. Konkret zahlen wir 35 Prozent der europäischen Zinseinnahmen in den Topf rein und kriegen 25 Prozent raus. Wir verlieren also Zehn-Prozent-Punkte, und das bedeutet einen erheblichen Verlust. Der Verlust entspricht praktisch einer unwiderruflichen dauerhaften Abgabe eines Wertpapiervermögens im Umfang von 60 Milliarden DM. Das ist gerade so, als würde die Bundesbank Wertpapiere im Umfang von 60 Milliarden DM per Saldo auf Ewigkeit an andere Länder abtreten. Genau genommen tritt sie nur die Zinsen ab und die Wertpapiere bleiben in ihrem Vermögen, also juristisch bleibt sie Eigentümer, aber das ist ja von der Sache her dasselbe. Die Zinsen auf diese Wertpapiere sind dauerhaft verloren, und das ist so wie ein einmaliger Vermögensverlust von 60 Milliarden. Immerhin an die 700 DM pro Kopf der deutschen Bevölkerung. Das ist kein Pappenstiel.

Herr Die Gegner des Euro werden dieses Argument sicher gerne aufgreifen. Sie sind aber trotz allem für die Währungsreform. Würden Sie die Befürchtungen in der Bevölkerung zerstreuen können, daß das Geld dann an Wert verliert, daß mit dem Euro praktisch ja echte Vermögensverluste

verbunden sind?

Prof. Sinn: Diese 60 Milliarden DM sind der wirkliche Verlust aus der Einführung des Euro. Die deutsche Wiedervereinigung hat uns schon 1000 Milliarden DM gekostet und wird uns immer noch viel kosten. Der einzelne Bürger wird durch den Euro nicht gewinnen und nicht verlieren. Man darf da seine inneren Ängste nicht übertreiben. Im Grunde ist das Ganze ein ökonomisches Nicht-Ereignis. Es passiert ja gar nichts, außer daß der Name der Währung geändert wird. Die Vermutungen und die Befürchtungen sind total aufgebläht gegenüber dem, was ökonomisch wirklich da ist. Ich will nicht sagen, daß ökonomisch gar nichts passiert, aber was passiert, das werden wir in Jahrzehnten sehen und nicht unmittelbar nach der Währungsumstellung. In den nächsten Jahrzehnten erwarte ich in der Tat, daß durch die Schaffung einer gemeinsamen Währung der Integrationsprozeß in Europa weiter voranschreitet, die Gewinne aus dem Handel und Austausch zwischen den Ländern viel größer werden und daß der allgemeine Wohlstand in Europa sich sehr stark entwickeln wird, wegen des Euro. Und davon wird auch Deutschland profitieren können.

Herr Wohlhüter: Es ist sicher nicht indiskret zu fragen, wie der Fachmann selbst auf den Euro reagiert. Werden Sie verstärkt in Immobilien anlegen?

Prof. Sinn: Nein, gar nichts.

Herr Wohlhüter: Schweizer Franken?

Prof. Sinn: Ach, es gibt überhaupt keine Reaktion darauf. Wie gesagt, es ist ein Nicht-Ereignis, nichts, nichts passiert. Das Einzige, was passieren wird, ist, daß die Zinsen natürlich nicht mehr auf Ewigkeit so niedrig bleiben werden, wie sie heute sind. Häuslebauer sollten jetzt versuchen, sich zu refinanzieren - möglichst langfristig, um die niedrigen Zinsen auszunutzen. Aber das ist nicht nur das Ergebnis des Euro, sondern auch ein Ergebnis des Umstandes, daß wir mitten in einer Rezession stecken und daß die Länder Europas alle den Gürtel eng geschnallt haben, so daß das Zinsniveau von daher sehr, sehr niedrig ist.

Herr Wohlhüter: Lassen Sie sich von den Argumenten überzeugen, daß der Euro auch große Chancen hat, daß er die Marktkräfte in Europa mobilisiert und Europa im globalen Konkurrenzkampf mit den Räumen Amerika und Asien stärkt?

Prof. Sinn: Ja, natürlich. Es wird ein großer europäischer Wirtschaftsraum geschaffen, die Spezialisierung kann voranschreiten. Es gibt ja eine Untersuchung dazu, den sogenannten Cecchini-Report. Da wird plausibel argumentiert, daß es zu einer Steigerung des Europäischen Sozialproduktes um vier bis fünf Prozent kommen wird, wegen der besseren Verzahnung der Wirtschaftsräume durch den Euro. Das halte ich nicht für unplausibel. Im übrigen muß man sehen, der Euro wird ja dem Dollar den Rang ablaufen. Dazu muß man kein Prophet sein, um das zu erwarten. Überlegen Sie sich einmal, hinter dem Dollar steht ein Wirtschaftsraum von 260 Millionen Menschen. Hinter dem Euro steht ein Wirtschaftsraum von 320 Millionen Menschen. All die Transaktionen, die die europäischen Wirtschaften jetzt schon auf den Weltmärkten durchführen und die in Dollar fakturiert sind, werden in Zukunft in Euro fakturiert sein. Da muß gar nichts passieren. Das geschieht automatisch. Der Euro wird mit einem Schlag eine Transaktionswährung, die mindestens so wichtig ist wie der Dollar und mittelfristig sogar wichtiger sein wird als der Dollar. Also, ich vermute, daß der Dollar von seinem ersten Platz verdrängt werden wird in einer Phase sagen wir von zehn bis 20 Jahren.

Herr Wohlhüter: Darf man vom Euro auch erwarten, daß damit ein Beitrag gegen die Hauptproblematik in allen Industrieländern geleistet wird, nämlich gegen die große Beschäftigungskrise?

Prof. Sinn: Da leistet der Euro gar nichts, weder im positiven noch im negativen Sinne.

Die Beschäftigungskrise wurde eben durch einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit verursacht, und der ist mit dem Euro auch nicht zu bekämpfen.

Herr Wohlhüter: Wie hat man denn Modelle zu beurteilen, wie etwa aus den Niederlanden oder aus Skandinavien, wo versucht wird, mit staatlichen Beschäftigungsprogrammen oder mit staatlichen Eingriffen den Arbeitsmarkt zu regulieren?

Prof. Sinn: Ich weiß nicht, ob Sie das richtig sehen, wenn Sie die Niederlande und Schweden anführen. Das ist doch gerade das Charakteristikum dieser Länder, daß sie eine enorme Liberalisierung auf den Arbeitsmärkten durchgeführt haben. Z. B. haben die Niederlande seit 1980 als Konsequenz dieser Liberalisierung auf dem Arbeitsmarkt nur eine minimale Lohnerhöhung von sieben Prozent gehabt, während wir eine von 40 Prozent hatten. Die Niederlande sind also ein Musterbeispiel dafür, wie durch Lohnzurückhaltung Jobs geschaffen wurden, ähnlich wie in den Vereinigten Staaten. Schweden ist ja mit seinen neuen Reformen auch nicht in die Richtung der Regulierung des Arbeitsmarktes, sondern in die Richtung der Deregulierung des Arbeitsmarktes gegangen, so daß dies also durchaus günstige Beispiele für uns sind.

Herr Wohlhüter: Ich meine damit Initiativen aus den Niederlanden oder aus skandinavischen Staaten, die für mehr Teilzeit werben und andere Arbeitszeitmodelle darstellen.

Prof. Sinn: Na gut, das ist Flexibilisierung, die durchaus sinnvoll ist, obwohl natürlich eine erzwungene Teilzeitarbeit letztlich keine Lösung ist. Soweit die Marktpartner von alleine Teilzeit arbeiten wollen, soll man keine Hemmnisse einbauen. Aber jeder Zwang erhöht ja die Produktionskosten, statt sie zu senken.

Herr Wohlhüter: Zugespißt fordern Sie Lohnzurückhaltung: eine Lohnpolitik der Gewerkschaften, die Mäßigung verspricht.

Prof. Sinn: Ja, aber wie gesagt, ich würde es kombinieren mit Vermögensbildungsmodellen, ähnlich wie ich das vorhin für die neuen Bundesländer erläutert habe. Wir sind nun einmal in einer neuen historischen Phase, wo sich die Knappheitsverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital dramatisch verändert haben. Die europäische Bevölkerung, die um das knappe Kapital konkurriert, hat sich mit dem Fall des eisernen Vorhangs geradezu verdoppelt. Im Osten wohnen ja nur Habenichtse, die jetzt auch gut ausgestattete Arbeitsplätze haben wollen, die konkurrieren um das Investitionskapital. Deren Löhne machen ein Zehntel unserer Löhne aus. Also gerät der Arbeitsmarkt hier unter Druck und wir sehen im Moment erst den Anfang dieser historischen Phase, wo er unter Druck gerät. Darauf muß man reagieren. Man kann nicht ohne Reaktion bei den Löhnen einfach die Dinge geschehen lassen. Die Löhne müssen also runter. Aber kann man es akzeptieren, daß hier kalte marktwirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten die Einkommen großer Teile der Bevölkerung einfach erudieren lassen oder gibt es nicht doch einen Weg, das zu verhindern? Ich glaube, es gibt einen Weg, das zu verhindern und der Weg besteht eben darin, daß Kapitaleinkommen und Kapitalbesitz an die Stelle von Lohneinkommen tritt. Die Unternehmen können auch in Westdeutschland im großen Stil ihren Arbeitnehmern Lohnsenkungen durch die Beteiligung an den Unternehmen abkaufen. Ein solcher Deal würde bei gegebener Beschäftigung für beide Seiten keinen großen Vorteil bringen, für die Unternehmen aber einen Liquiditätsvorteil. Für die Arbeitnehmer würde Lohnanspruch in Kapitaleigentum umgewandelt. Im zweiten Schritt mit niedrigeren Löhnen würden die Unternehmen dann expandieren. Ich darf auf das Beispiel der amerikanischen Fluggesellschaft United Airlines verweisen, das ja hin und wieder auch schon in der Öffentlichkeit diskutiert wurde. Der Sprecher der Vereinsbank Albrecht Schmidt hat immer wieder

darauf hingewiesen. Das ist ein gutes Beispiel, denn United Airlines stand vor einigen Jahren kurz vor dem Bankrott. Und dann kam das Management auf eine glorreiche Idee. Wie kann man den Bankrott abwenden? Nun, wir senken die Löhne um acht Prozent und halten das niedrigere Lohnniveau dann für fünf Jahre fest. Zugleich kaufen wir Aktien vom Markt zurück - die Aktien hatten einen niedrigen Wert - und geben diese Aktien als Kompensation an die Belegschaft aus. Das Ganze war freiwillig, wer mitmachen wollte, konnte mitmachen, wer es nicht mitmachen wollte, der behielt seinen hohen Lohn.

Herr Wohlhüter: Wir hatten, Herr Prof. Sinn, in Deutschland in den 70er Jahren schon einmal die Diskussion über die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Ein Argument war damals, daß der Beschäftigte ja nicht nur riskiert, seinen Arbeitsplatz zu verlieren sondern gleichzeitig auch sein Vermögen. Und das ist ja durchaus einsichtig.

Prof. Sinn: Na gut, man kann ja Fonds zwischenschalten. Der Vermögensbesitz muß ja nicht direkt am eigenen Unternehmen geschehen, sondern es kann Fonds geben, die die Anteile halten. Die Arbeitnehmer bekommen dann Anteile an den Fonds, so daß selbst wenn ein Unternehmen pleite macht, der Fond-Anteil deswegen nicht an Wert verliert. Aber was ich vorhin sagen wollte, ist, United Airlines hatte dann, nachdem die Löhne so abgesenkt wurden, eine unmittelbare Änderung in der Gewinn- und Verlustrechnung. Plötzlich schrieb das Unternehmen wieder schwarze, statt rote Zahlen. Es wurde liquide, es wurde kreditfähig und bekam die Mittel, die es brauchte, um zu investieren. Und das Investieren lohnte sich auch, weil ja zu den niedrigeren Löhnen neue Leute eingestellt werden konnten. Die Beschäftigung ging um 25 Prozent hoch und heute ist United Airlines ein florierendes Unternehmen. Die 55000 Mitarbeiter, die sich an diesem Deal beteiligt haben, sind alle froh darüber, daß sie das gemacht haben. Es war ein Vorteil für alle Beteiligten. Die Altaktionäre haben wieder Gewinne gesehen, die Arbeitnehmer, die sich beteiligt haben, haben mehr an Dividendeneinkommen erhalten, als sie an Löhnen verloren haben, und ehemals Arbeitslose wurden in dieses Unternehmen integriert. So ähnlich muß man es - glaube ich - in Deutschland auch machen. Dann hat auf Dauer der deutsche Arbeitnehmer ein zweites Standbein. Neben dem Lohneinkommen erzielt er aus Kapitalbesitz ein Kapitaleinkommen. Und er ist damit bestens gewappnet für unsichere Zeiten.

Herr Wohlhüter: Das wäre ein Auftrag, ein großer Kraftakt für die Tarifparteien. Muß der Staat auch eingreifen, kann er eingreifen? Was ist Ihre Prognose? Im Augenblick hat man ja den Eindruck, daß im Land überhaupt nichts mehr geht. Wird nach der Bundestagswahl möglicherweise so eine Art Befreiungsschlag möglich sein, daß dann wieder Prozesse ins Laufen kommen, daß dann z. B. die Rahmenbedingungen für eine solche Vermögensbildung verbessert werden?

Prof. Sinn: Im Moment gibt es ja eine große Blockade, weil die linken Parteien die Mehrheit im Bundesrat haben und die rechten Parteien sie im Bundestag haben. Die Hoffnung besteht darin, daß sich durch die nächsten Wahlen - auch die Wahlen in den Länderparlamenten - die Dinge nun irgendwie herauskristallisieren, so daß klar ist, wer es denn nun machen soll. So wie es im Moment ist, in dieser Patt-Situation passiert leider gar nichts. Die SPD blockiert alles, was die CDU vorschlägt. Bei der Steuerreform konnten Sie es ja beobachten, die Regierungskoalition kann vorschlagen, was sie will, die SPD wird nicht zulassen, daß diese Regierung irgendeinen Erfolg einheimsen kann.

Herr Wohlhüter: Das meine Damen und Herren, war Alpha-Forum. Gast im Studio war Professor Hans-Werner Sinn, Ordinarius für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft.